

## Stadt Bern – grüne Insel auf dem Energiemarkt?

**BERNER STADTRAT** Mit einem Multipack an Vorstössen will das Grüne Bündnis (GB) der Stadt Bern das Gemeindeunternehmen EnergieWasser Bern (EWB) auf ökologischen Kurs bringen. Anlass für die Intervention ist das neue Strategiepapier, das heute Freitag der Fachkommission zur Kenntnisnahme vorgelegt wird. Das GB bemängelt den fehlenden Mitwirkungsprozess und verlangt eine öffentliche Debatte über die Neuausrichtung der städtischen Energiepolitik.

Drei Jahre nach Verselbständigung stehe das Gemeindeunternehmen EWB zwar auf solidem Boden, sagte GB-Stadträtin Natalie Imboden. Die Zusammenführung der Bereiche Strom, Wasser, Gas und Fernwärme habe sich bewährt; für Bevölkerung und Grosskunden sei damit vieles einfacher geworden. Handlungsbedarf besteht laut Imboden aber bei der strategischen Ausrichtung: Bis heute habe der Gemeinderat kein glaubwürdiges Konzept zum Ausstieg aus der Atomstromproduktion unter gleichzeitiger Förderung erneuerbarer Energien vorgelegt, wie das von der Gemeindeordnung vorgegeben werde. Imboden kritisierte auch das «Misstrauen» von Seiten EWB gegenüber der politischen Aufsichtsbehörde.

**Gresch: «Enorme Verfilzung»**

Weil die Grünen mit ihren Energieanliegen auf kantonaler Ebene gescheitert sind, wollen sie sie nun «im Bereich des Machbaren» – aufs Unternehmen im Eigentum der Stadt – Einfluss nehmen. Vergeblich habe das GB versucht, so Grossrätin Sabine Gresch, einen Teil der riesigen Gewinne der bernischen Kraftwerke BKW in erneuerbare Energien und Energieeffizienz fliessen zu lassen. Gresch, die auch im Stiftungsrat von Energie Schweiz sitzt, kritisierte die «enor-

me Verfilzung zwischen BKW und der Berner Politik». Die bürgerliche Mehrheit im Kanton verfolge nach wie vor eine Energiepolitik der 1970er-Jahre, setze auf Atomstrom und Erdöl. Auf nationaler Ebene wollen Grüne und Umweltverbände für die Verankerung der so genannten Einspeisevergütung im Stromversorgungsgesetz kämpfen. Das Prinzip der kostendeckenden Preise habe in einigen europäischen Ländern zu einem massiven Anstieg der Investitionen in erneuerbare Energien geführt.

Das GB fordert weiter den Verzicht auf KWO plus, denn mit dem Strom aus dem vergrösserten Grimselkraftwerk würde «hauptsächlich Atomstrom gewaschen», betonte Gresch.

GB-Stadträtin Franziska Schnyder will per Vorstoss die Revision des Energietarifsystems nach Vorbild der Stadtwerke Basel und Zürich erwirken, um den Absatz von Ökostrom zu fördern. Heute beziehen knapp sechs Prozent der EWB-Kunden Ökostrom. GB-Stadtrat Urs Frieden, Mitglied der neu gebildeten städtischen Energiekommission, möchte das Ökofondsreglement revidieren und die Energiefachstelle stärken.

**Der Stromverbrauch steigt**

Einige Fakten zur Energiestrategie liefert Berns Gemeinderat in seiner Antwort auf einen GB-Vorstoss, der für den 8. September traktandiert ist. Ziel sei eine ausreichende, ökonomische und ökologische Energieversorgung, gibt der Gemeinderat zu bedenken. Der Stromverbrauch in Bern steige weiter an, allerdings mit knapp 10 Prozent innert zehn Jahren weit langsamer als gesamtschweizerisch mit 17 Prozent. Rund 8000 KMU und 100 Grosskunden konsumieren mehr als zwei Drittel des städtischen Stroms. (dv)

## SVP steht einsam da

Berns Stadtrat schmettert Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule» ab

*Die rechtsbürgerliche Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule» hat gestern im Berner Stadtrat kein Gehör gefunden. Auch die Freisinnigen lehnten das Begehren grossmehrheitlich ab.*

DANIEL VONLANTHEN

«Wissen Sie, was ‚FF‘ ist?» fragten die Jungfreisinnigen der Stadt Bern auf dem Flugblatt, das sie den Stadtratsmitgliedern beim Eintritt in den Ratssaal in die Hand drückten. Des Rätsels Lösung erfuhren die Mitglieder in der Pause: «Für d Füchs.» Die Initiative von SVP und SD diene nämlich «einzig und allein der Profilierung von Grossrat Thomas Fuchs», befanden die Jungfreisinnigen und mit ihnen ein grosser Teil der FDP-Fraktion. SVP-Drahtzieher Fuchs verfolgte die Reitschul-Debatte gestern Abend kurzzeitig persönlich von der Tribüne aus.

Der ehemalige Stadtrat Fuchs hatte sich in früheren Debatten stets als vehementer Reitschulgegner geäussert; diesmal durfte er die Diskussion lediglich als Zuschauer mitverfolgen und anhören, wie FDP und SVP sich gegenseitig vorwarfen, «unverlässliche Partner» zu sein.

Kommissionssprecher Christof Berger (sp) erkannte im Begehren mehrere Unklarheiten: Die Initiative lasse offen, ob lediglich die von der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (Ikur) genutzten Räume oder das gesamte Reitschul-Areal gemeint sei. Alle strittigen Punkte des Kulturbetriebs seien heute in Leistungsverträgen geregelt; die Initiative sei deshalb unnötig. Die Kommission verwarf das SVP-Ansinnen mit 7 gegen 2

Stimmen ohne Gegenvorschlag; der Stadtrat empfiehlt es mit 57 gegen 16 Stimmen bei 4 Enthaltungen zur Ablehnung. Enthaltungen gab es bei der CVP. Die Stimmberechtigten entscheiden am 27. November darüber.

Die Initiative komme «vermeintlich harmlos» daher, sagte Erik Mozsa (gfl/evp). In Tat und Wahrheit handle es sich aber um einen «Wolf im Schafspelz». Der Kulturbetrieb würde «abgemurkst», müssten alle Forderungen umgesetzt werden, so Mozsa. Denn die Einführung der «ortsüblichen Miete» hätte massive Preiserhöhungen zur Folge; die Vertragspartnerin könnte ihre sozialen und kulturellen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen.

**«Ortsübliche Mietzinse»**

Die Initiative verlangt für die Nutzung der Gastgewerbebetriebe, Wohn- und «Geschäftseinrichtungen ortsübliche Mietzinse und Nutzungsgebühren»; die Betreiber müssten die «gesetzlich vorgeschriebenen Steuern, Abgaben und Gebühren» entrichten und «alle notwendigen Bewilligungen einholen». Mitinitiant Simon Glauser (jsvp) verhehlte nicht seine tiefe Abneigung gegenüber dem Reitschulbetrieb, wo «Schmarotzer und Weltverbesserer» ein und aus gingen. Glauser gab auch vor, im Interesse der Steuerzahlenden zu sprechen, welche die «Nase voll haben von den ewigen Versprechen und Lügen». Die Initianten verlangten lediglich ein «griffiges Instrument zur Kontrolle des Betriebs». Nach Glausers Rechnung müsste der Gastrobetrieb «Sous le pont» einen Reingewinn von 600 000 bis 800 000 Franken erwirtschaften, was im Rat als «völlig aus der Luft gegriffene Behauptung» quitiert wurde. Das Initiativ-

komitee ortet Widerspruch: Der Gemeinderat behaupte, alle Forderungen der Initiative seien erfüllt und diese sei deshalb überflüssig. Auf der andern Seite werde argumentiert, bei Annahme werde die Weiterführung des Betriebs verunmöglicht.

FDP-Sprecherin Dolores Dana erinnerte an das Volks-Ja von 1999 zum Sanierungskredit. «Jetzt muss man akzeptieren, dass es die Reitschule gibt», auch wenn gewisse Formulierungen des Leistungsvertrags mit der Stadt nicht optimal seien. Die Reitschule sei mitmitten eine «Geldmaschine, die am Staat vorbeiwirtschaft», so Dana weiter.

**«Sonderbenachteiligungen»**

Die SVP, die sich gerne für die kleinen Leute einsetze, müsste die niederschweligen Kulturangebote der Reitschule doch eigentlich unterstützen, argumentierte SP-Sprecherin Béatrice Stucki. Die Stadt erhalte für ihre Abgeltung von insgesamt 380 000 Franken pro Jahr sehr viel zurück. Selbst die Stadtpolizei habe sich positiv geäussert über die Zusammenarbeit mit den Betreiberinnen und Betreibern.

Catherine Weber (gb/ja) bezeichnete die Initiative als «billigen Trick». Die SVP, die transparente Buchhaltung fordere, müsse zuerst vor ihrer eigenen Tür wischen, sei doch die SVP-Parteikasse von SVP-Leuten geplündert worden. Nicht von «Sonderrechten», sondern von «Sonderbenachteiligungen» müsse bei der Reitschule gesprochen werden, so Daniele Jenni (gpb). Im Vergleich zu den Abgeltungen an andere Kulturinstitutionen sei die Reitschule nicht auf Rosen gebettet. Auch würden viele soziale Probleme auf sie abgewälzt.

Die Reitschule will sich heute Freitag zur Initiative äussern.

KURZ

**Bundesgasse sollte Europa-Allee werden**

**STADTRAT** «Europa ist inexistent bei den Berner Plätzen und Strassen», sagte Anna Coninx (gfl) gestern im Stadtrat. Ziel einer Motion der Fraktion GFL/EVP war es deshalb, die Bundesgasse in Europa-Allee umzubenennen. Vertreter von Juso, FDP und GB zeigten Sympathie für den Vorstoss, wollten ihn aber in ein Postulat umwandeln. Die SVP lehnte ihn ab. Aufgrund mangelnder Unterstützung zog Coninx die Motion zurück und will nun einen neuen Vorstoss mit dem Ziel, die Bundesterrasse in Europaterrasse umzubenennen, einreichen. (sn)

**Auffahrkollision auf A 1**

**GRAUHOLZ** Auf der Autobahn A 1 beim Grauholz kam es gestern Mittag zu einer Auffahrkollision. Um einen Lastwagen zu überholen, wechselte eine in Richtung Bern fahrende Autolenkerin auf die mittlere Fahrspur, worauf ein Lieferwagen bruski abbremsen musste. Der hinter ihm fahrende Personenwagen prallte in der Folge in den Lieferwagen. Verletzt wurde niemand. Der Personenwagen erlitt Totalschaden. Die Kantonspolizei sucht Zeugen: 031 634 41 11. (pkb)

**Infoanlass wird wiederholt**

**MÜNSINGEN** Die Informationsaktion zur neuen Ortsdurchfahrt musste letzten Freitag wegen eines heftigen Gewitters abgebrochen werden. Die Aktion wird nun wiederholt, wie der Kanton mitteilt, und zwar morgen Samstag zwischen 9.30 und 11.30 Uhr vor der Confiserie Berger. (pd)

**Die Jodler treffen sich**

**SCHWARZENBURG** Morgen beginnt um 20 Uhr in der Mehrzweckhalle Riffenmatt das Amtsjodlertreffen Schwarzenburg. Mitwirken werden unter anderem das Jodlerduett Christa und Fränzi Schenk und das Schwyzerörgeli quartett Alperose. Der Eintritt ist frei, die Festwirtschaft öffnet um 19 Uhr. (srg)